Reaktionen aus der Politik

Merkel fordert Konsequenzen aus Attentat

Kanzlerin Angela Merkel ist erleichtert, dass eine Gefahr durch den getöteten Islamisten Anis Amri abgewendet ist. Nun müssten Innen- und Justizministerium Versäumnisse bei Überwachung, Abschiebung und Flucht aufklären.



Bundeskanzler Angela Merkel (CDU)



Freitag, **23.12.2016** 16:41 Uhr

Drucken Nutzungsrechte Feedback

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Italiens Regierungschef und der italienischen Polizei für ihren Einsatz gedankt, im Zuge dessen der mutmaßliche Lkw-Attentäter Anis Amri am frühen Freitagmorgen in Mailand erschossen wurde.

"Wir können erleichtert sein, dass eine akute Gefahr vorüber ist", sagte Merkel. Die generelle Bedrohung durch den Terror bestehe aber weiter. Mit dem Tod Amris seien die Ermittlungen nicht vorbei. Das Bundeskriminalamt werde nicht ruhen, bis klar sei, wer von der Tat wusste, wer Amri geholfen oder ihn gedeckt habe. "Wenn es Helfer gibt, werden wir sie zur Rechenschaft ziehen", sagte die Kanzlerin.

Fotostrecke







10 Bilder

Berlin-Attentäter erschossen: Die Nacht von Mailand

Der Fall Amri und der Anschlag hätten eine Reihe von Fragen aufgeworfen - "auch über die Zeit davor". Amri war im Februar 2015 nach Deutschland eingereist, im Sommer 2016 saß er in Abschiebehaft. Der Vollzug scheiterte daran, dass keine Passersatzdokumente aus Tunesien vorlagen.

De Maizière und Maas sollen "baldmöglichst" Ergebnisse liefern

1 of 3 03/11/2019, 13:06

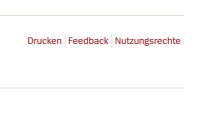
Außerdem war Amri den Behörden als islamistischer Gefährder bekannt, dem ein Anschlag zuzutrauen war. Nach der Tat floh der mutmaßliche Täter von Berlin offenbar über Frankreich bis nach Italien, wo ihn am Freitag eine Streife bei einem Schusswechsel tötete.

Merkel sagte, es werde mit Nachdruck geprüft, an welchen Stellen sich etwas ändern muss. Sie habe Innenminister Thomas de Maizière (CDU) beauftragt, gemeinsam mit Justizminister Heiko Maas (SPD), den Landesministern und den Sicherheitsbehörden den Fall Amri zu analysieren, und "baldmöglichst" Ergebnisse vorzulegen. Sie habe auch mit dem tunesischen Präsidenten telefoniert. Es bestehe Einvernehmen bei der sehr wichtigen Frage der Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Die müsse man "deutlich beschleunigen und die Zahl der Zurückgeführten deutlich erhöhen".

Innenminister de Maizière kündigt Konsequenzen an

Zuvor hatte Innenminister de Maizière bereits Folgen aus der lückenhaften Überwachung des Gefährders Amri, seine Flucht von Berlin über Frankreich nach Italien und die nicht erfolgte Abschiebung des Gefährders im Sommer 2016 gefordert. Jetzt sei die Zeit, "über Konsequenzen zu reden". Man werde anhand des Falles Amri untersuchen, was verbessert werden muss. Maas erklärte, Schlussfolgerungen würden erst gezogen, wenn das Verbrechen aufgeklärt ist. Er wolle "sehr zügig" mit de Maizière sprechen. Es solle um bessere Überwachung von Gefährdern und schnellere Abschiebung gehen.

cht/vks



Zur Startseite

Verwandte Artikel

Diesen Artikel...

f Teilen

Anschlag in Berlin: Anis Amri in Mailand erschossen (23.12.2016)

E-Mail

Fotostrecke: Tödlicher Schusswechsel in Mailand

Twittern

Minutenprotokoll: Andrea Nahles verspricht Anschlagsopfern

Anspruch auf Entschädigung (23.12.2016)

Rekonstruktion: Was am Breitscheidplatz geschah (22.12.2016)

Terrorverdächtiger von Berlin: Anis Amri in Mailand erschossen

(23.12.2016)

Mehr zum Thema

Anschlag in Berlin Angela Merkel Heiko Maas
Thomas de Maizière Alle Themenseiten

© SPIEGEL ONLINE 2016
Alle Rechte vorbehalten

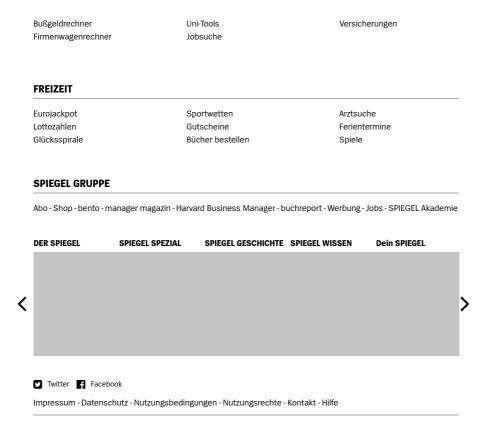
Vervielfältigung nur mit Genehmigung

∧ TOP

Serviceangebote von SPIEGEL-ONLINE-Partnern

AUTO	JOB	FINANZEN
Benzinpreis	Brutto-Netto-Rechner	Währungsrechner

2 of 3



3 of 3